

Energiedemokratie Jetzt!

– demokratische Kontrolle statt Konzernmacht

(Entwurf, März 2011)

von Alexis J. Passadakis (Mitglied im KoKreis von Attac)

Ohne Zweifel: die alptraumhafte Katastrophe in dem Atomkraftwerk von Fukushima ist ähnlich wie der Super-GAU in Tschernobyl ein Bruchpunkt für das globale Energiesystem. Wie weitreichend dieser sein wird, hängt nicht nur von dem weiteren Verlauf des Desasters ab, sondern auch von den sozialen Auseinandersetzungen ab, die soziale Bewegungen nun führen werden.

Die Atom-Katastrophe in Japan fällt zudem in eine Phase in der das Weltenergiesystem sich in einer weitreichenden Umbruchphase befindet. Diese Doppelkrise besteht a.) aus dem Input-Problem der Verknappung von Rohstoffen (Peak Oil/Fördermaximum von Erdöl etc.) und den Output-Problemen (CO2/Klimakrise, „oil spill“ á la Mexiko, Atommüll). Zudem führt der gescheiterte Versuch den weltweiten Energiesektor neoliberalen zu re-regulieren (Stillstand bei WTO-Verhandlungen, Abwehr des Zugriffs der USA auf irakisches und venezuelanisches Öl, Souveränitätspolitik Russlands etc.) dazu, dass zunehmend staatliche Akteure eine wichtige Rolle spielen. In der Bundesrepublik führt die partielle Erschöpfung neoliberaler Konzepte dazu, dass auf kommunaler Ebene (Hamburg) und Landesebene (BaWü) Energieunternehmen in die öffentliche Hand rückgeführt, oder neu gegründet werden. Der ungehinderter Durchmarsch der Privatisierungsideologie stößt an Grenzen.

Als Attac im Jahr 2007 eine Kampagne zum Thema Stromkonzerne begann, stand genau dieses Motiv der öffentlichen, demokratischen Kontrolle im Gegensatz zur privaten Verfügung in Verbindung mit der Frage ökologischer Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Angesichts der Erschöpfung neoliberaler Ideologie - wie zahlreiche Rekommunalisierungsinitiativen insbesondere im Bereich Netze zeigen (in denen zudem zahlreiche Attac-Gruppen engagiert sind: Hamburg, Siegen, Berlin...) - und des Möglichkeitsfensters, welches der GAU in Japan aufgestoßen hat, scheint es plausibel, die Frage von Eigentum und Kontrolle in diesem Sektor wieder aufzunehmen und die Konzernmacht anzugehen: Aneignung o. Enteignung & Vergesellschaftung. Energiedemokratie jetzt!

Wie kann man sich einen dezentralisierten und demokratisch kontrollierten, solidarischen Energiesektor auf Basis erneuerbarer Energien vorstellen. Hier vier Kriterien:

Demokratisch:

Jenseits von privat und obrigkeitsstaatlich-öffentlich. In der Bundesrepublik dominieren private oder klassisch-öffentliche, eben obrigkeitsstaatliche Formen der Energieversorgung. Neben ggf. genossenschaftlichen Modellen sind neue demokratische Modelle der Kontrolle von Energieversorgung auf kommunaler und regionaler Ebene notwendig. Wichtige Mechanismen bei der demokratischen Kontrolle öffentlicher Versorger sind die Ausweitung von repräsentativer Demokratie auf öffentliche Unternehmen, d.h. die allgemeine und direkte Wahl der Aufsichtsratsmitglieder. Zudem direkt-demokratische Kontrollmechanismen, wie Abstimmungen bei zentralen Investitionsentscheidungen.

Ökologisch:

Es geht um einen Umbau hin zu erneuerbaren Energien: solar, aber vor allem Windkraft. Allerdings ist das nur ein Teil der Antwort, denn wenn die ökologischen Grenzen tatsächlich berücksichtigt

werden sollen, dann ist ein sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft und ein Ausstieg aus fossilen Energieträgern notwendig. Keine einfache Aufgabe wenn in der EU15 (2007) die enorme Menge von 15% der Primärenergie auf nuklearer Basis produziert wird. Demokratisch kontrollierte Energieversorger sollten daher als Unternehmensziel haben, immer weniger Energie anzubieten, anstatt das Ziel zu verfolgen das gegenwärtige Niveau auf Basis erneuerbarer Energien zu substituieren. Ebenso fatal sind öko-imperiale Strategien, wenn z.B. Biomasse aus Afrika, wie es Vattenfall (Berlin) aus Liberia plant, importiert wird (oder beispielsweise auch Palmöl und Agrosprit). Für diesen Sektor ist eine Postwachstumsstrategie nötig.

Sozial:

Öffentliche, demokratisch kontrollierte Energieunternehmen haben Arbeitsplätze im Sinne von „guter Arbeit“ bereitzustellen und die betriebliche Mitbestimmung und Formen von Wirtschaftsdemokratie weiter zu entwickeln. Energiearmut ist in der Bundesrepublik (im Gegensatz zu GB) ein Tabu-Thema. Trotzdem leiden Millionen unter hohen Energiekosten, Hunderttausende unter Verschuldung auch aufgrund von hohen „Nebenkosten“ und Hunderttausende unter Abklemmungen. In der EU ist Deutschland Abklemmungsweltmeister. Notwendig ist daher ein System von kostenfreien Grundkontingenten und Sozialtarifen.

International solidarisch:

Neben der Abkehr von fossilen, nuklearen, „grünen“ Rohstoffimperialismus haben demokratisch kontrollierte Energieunternehmen auch eine entwicklungspolitische Funktion. Angesichts der historischen Schuld des Nordens bzgl. des Raubs von Rohstoffen und der Zerstörung der Atmosphäre (Klimakrise) haben sie auch die Aufgabe den Aufbau einer Infrastruktur erneuerbarer Energien im Süden mit zu erfüllen (z.B. durch Public-Public-Partnerships). Es gibt daher eine entwicklungspolitische Verantwortung, die die Bereitstellung von Kapazitäten erfordert. Die Notwendigkeit die ökologischen Folgen des gegenwärtigen globalen Energiesystems einzudämmen, darf nicht vergessen machen, dass das soziale Recht auf Zugang zu Energie nicht verwirklicht ist und Energiearmut mehrere hundert Millionen Menschen trifft.
